

Antrag 160/I/2022**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Unterstützung zum Aufbau eines Melde- und Unterstützungsnetzwerk für betroffene antisemitische Vorfälle durch RIAS**

1 Die SPD Mitglieder des Bundestages und die SPD Mit-
2 glieder der Bundesregierung werden aufgefordert die
3 Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.
4 (RIAS) beim Aufbau eines Melde- und Unterstützungs-
5 netzwerk für Betroffene antisemitischer Vorfälle in al-
6 len sechzehn Bundesländern in politischer und finanzieller
7 Form zu unterstützen.

8

9 Begründung

10 Unter dem Bundesverband von RIAS gibt es aktuell in
11 Bayern, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein ei-
12 ne regionale Meldestelle und Unterstützungsnetzwerk.
13 Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019, plant
14 Sachsen-Anhalt gemeinsam mit RIAS den Aufbau eines
15 solchen Netzwerkes. Durch die statistischen Erhebungen
16 von RIAS bekommen wir einen detaillierteren Blick auf
17 den Antisemitismus, als durch Statistiken der Polizei. So
18 wurden 2019 in Berlin 881 Vorfälle an RIAS gemeldet. Im
19 gleichen Jahr waren es bei der Polizei 281. Diese Diskre-
20 panz entsteht durch die Art der polizeilichen Erfassung,
21 da nur strafrechtlich verfolgbare Vorfälle erfasst werden,
22 und die geringen Anzeigen durch die Betroffenen. Dieses
23 Verhalten ist unter anderem auf die geringe Aufklärungs-
24 quote zurückzuführen.

25

26 RIAS vermittelt den Betroffenen zusätzlich psychosoziale,
27 juristische, Antidiskriminierungs-, Opfer- oder Prozessbe-
28 ratung. Durch die enge Einbindung von regionalen Part-
29 nern vor Ort schafft die Organisation eine Vertrauensba-
30 sis, auf der sich mehr Menschen bei antisemitischen Vor-
31 fällen an sie wenden. Durch die Arbeit von RIAS können
32 wir bei Problemen gezielt politische Entscheidungen tref-
33 fen, um dem Antisemitismus in allen Formen zu begeg-
34 nen.